

46. Sitzung der Stadtbürgerschaft am 17.03.251
Martin Korol: Rede in der Aktuellen Stunde zum Thema:
„CDU: Trauriger Rekord bei der Einbruchskriminalität in Bremen – Alltagskriminalität entschlossener entgegentreten“

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

wie für die CDU ist auch für uns BÜRGER IN WUT die von Herrn Innensenator Mäurer vor knapp einer Woche vorgelegte Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2014 ein Armutszeugnis für die rot-grüne Landesregierung. Da hilft keine mediale Schönfärberei oder eine hier im Hohen Haus.

Wichtigste Konsequenz aus den enttäuschenden Zahlen muss aus unserer Sicht sein, mindestens auf die geplanten Stellenkürzungen bei der Polizei zu verzichten. 2.600 Stellen bleiben auch für uns das Ziel.

Nach einmal zu den Zahlen. Die Zahl der Einbruchsdiebstähle in Bremen stieg im vergangenen Jahr deutlich an. Mit über 3.000 Fällen wurde sogar ein historischer Höchststand erreicht. Besorgniserregend ist, dass in Bremen nur noch etwa 7 Prozent dieser Straftaten aufgeklärt werden konnten, deutlich unter dem bundesweiten Schnitt. Wenn meine Vorredner diese Zahl nicht genannt hätten – ich hätte an ihr gezweifelt und sie nicht gebracht. Sieben Prozent Aufklärung! Insgesamt, was alle Delikte, ist die Aufklärungsquote von knapp 50 Prozent in 2013 auf unter 46 Prozent gefallen. Das bedeutet, analog gesagt, dass nicht einmal die Hälfte der Fälle so gelöst werden konnte, dass die Täter wenigstens ermittelt werden konnten.

Ich halte am Begriff „Alltagskriminalität“ fest. Wir wissen, worum es sich handelt. Der Anstieg der Alltagskriminalität gibt Anlass zu erheblicher Sorge. So wurde etwa bei den Taschendiebstählen mit – ich nenne die Zahl – 2.512 registrierten Fällen – jeder Fall ist ein Fall für sich – ein neuer Rekordwert erreicht. Hier allerdings sage ich: Der Begriff „Rekordwert“ ist in der Tat problematisch. Mir fällt allerdings kein anderer ein.

Zu dieser Situation haben nicht zuletzt die Aktivitäten von sogenannten „Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“. Diese Personengruppe verübte im vergangenen Jahr fast 30 Prozent aller Straftaten, die tatverdächtigen Jugendlichen in Bremen insgesamt zugerechnet wurden. Das ist, gemessen an der vergleichsweise geringen Zahl minderjähriger Flüchtlinge, die sich derzeit in Bremen aufhalten, zugegebenermaßen ein extrem hoher Wert. Er ist auch Ausdruck der völlig gescheiterten Ausländerpolitik des rot-grünen Senats.

Nun muss man wissen, dass die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik nur einen Teil der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung dokumentiert. Denn viele Straftaten werden von den Opfern bekanntlich gar nicht zur Anzeige gebracht, tauchen also auch nicht in der Statistik auf.

Studien zeigen, dass zum Beispiel die Opfer von Wohnungseinbrüchen nur in etwa der Hälfte der Fälle die Polizei einschalten. Viele Bürger wissen nämlich, dass die Aufklärungsquote niedrig ist – oder sie ahnen es – und nur wenige Täter überführt werden. Wenn Einbrecher einmal vor Gericht landen, kommen die meisten mit lächerlich geringen Strafen davon.

Eine Strafanzeige macht deshalb für die meisten Betroffenen nur als Schadensnachweis für die Hausratversicherung Sinn. Wenn sie denn eine haben. Das sind nur wenige.

Die harten Fakten stehen im krassen Widerspruch zu den vollmundigen Ankündigungen von Innensenator Mäurer und den Kampagnen etwa bei der Einbruchsbekämpfung. Alles fauler Zauber. In einem Satz: Die Kriminalitätssituation hat gegenüber dem Vorjahr erneut verschlechtert.

Jetzt rächt sich, dass die politisch Verantwortlichen in Bremen jahrelang bei der inneren Sicherheit gespart haben. Trotz wachsender Herausforderungen etwa durch den starken Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen sind Planstellen bei der Polizei abgebaut worden. Die Forderung von BÜRGER IN WUT, endlich eine Kehrtwende zu vollziehen und die Zahl der Beamten aufzustocken, verhallte ungehört. Unser Konzept zur Schaffung einer Freiwilligen Sicherheitswacht wie die „Nachtwanderer“ wurde abgelehnt, auch von der CDU. Diese Fehler müssen jetzt die Bürger ausbaden.

Es ist kein Wunder, dass immer mehr Menschen in Bremen das Gefühl haben, weder auf der Straße noch in ihren eigenen vier Wänden sicher zu sein. 1,6 Milliarden Euro wendet der Senat für Personalausgaben auf. Das ist mehr als die Hälfte der Einnahmen, die Bremen jährlich erzielt. Dennoch: Angesichts der dramatischen Sicherheitslage, die sich in absehbarer Zeit kaum entspannen dürfte, wäre es der falsche Weg, jetzt bei Polizei den Rotstift anzusetzen. Denn die Kriminalität verursacht Folgekosten, die den Staat und damit die Steuerzahler am Ende noch teurer zu stehen kommen.

Wir brauchen ein überzeugendes Sicherheitskonzept – Herr Senkal sprach von der Gesamtstrategie –, um die Zahl der Straftaten nachhaltig zu senken und die Aufklärungsquote zu erhöhen.

(Glocke)

Diese Ziele lassen sich nur mit mehr Polizeibeamten realisieren.

Ich komme zum Schluss.

(Zuruf der Abg. Frau Voigt [DIE LINKE])

Wie wir das finanzieren?“, fragt Frau Vogt. Mein Vorschlag; Die Bürgerschaft bildet eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe, die gemeinsam mit Vertretern des Rechnungshofes sinnvolle Sparvorschläge für Bremen erarbeitet. Bei dieser Gelegenheit sollte man einmal und wieder einmal einen Blick in das rote Behördenfernsprechbuch werfen. Ich wette, dass man dort schnell viele überflüssige Stellen finden wird, die man umgehend abbauen kann.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis90/Die Grünen: Dann man los!])

Die so gewonnenen finanziellen Spielräume könnten unter anderem für die Stärkung der Sicherheit im Land Bremen eingesetzt werden.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis90/Die Grünen: Ein Guru sein, das ist schön!])

Ich wette um eine Flasche Sekt, dass wir innerhalb von drei Minuten auf drei Stellen kommen!

Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Weber:

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Fassung vom 28.03.2015

